





Stiftungsdinner 2012

GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT
GÖTTINGEN

Herausgeber

Der Initiatorenkreis des Stiftungsdinners

Redaktion

Presse, Kommunikation und Marketing
der Universität Göttingen, Beate Hentschel

Fotos

Peter Heller

Gestaltung

Rothe Grafik



DANK



Liebe Gäste des Stiftungsdinners,
liebe Freunde der Universität Göttingen,

im März 2012 hatten wir zum dritten Mal zum Stiftungsdinner in die Aula der Universität eingeladen. Mit dieser Broschüre möchten wir uns ganz herzlich dafür bedanken, dass Sie – einige von Ihnen bereits mehrfach – unserer Einladung gefolgt sind und sich entschieden haben, die Universität Göttingen in ihrer Entwicklung zu begleiten und persönlich mit einer

namhaften Summe zu unterstützen. Sie bestätigen damit, wie bedeutsam Ihnen die Georgia Augusta und die Zukunft unserer Universität ist. Die Spenden dieses Abends in Höhe von über 100.000 Euro kommen in besonderer Weise hervorragenden jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu Gute. Die Mittel werden dazu beitragen, ihre wissenschaftliche Entwicklung weiter zu fördern und ihre hochqualifizierten Arbeitsplätze für die Universität zu sichern. Einige dieser jungen Göttinger Forscherinnen und Forscher konnten Sie beim Stiftungsdinner selber kennen lernen. Das Zusammensein und die gemeinsamen Gespräche haben sich außerordentlich positiv auf die Stimmung an diesem Abend ausgewirkt. Von Seiten der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurden wir gebeten, Ihnen allen noch einmal viele Grüße und einen herzlichen Dank auszusprechen. Diese äußerst erfreuliche Resonanz ermuntert uns, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen.

Für anregende Diskussionen hat auch der Vortrag des ehemaligen Außenministers der Bundesrepublik

Deutschland und Festredner des Abend, Joschka Fischer, gesorgt. Wie aktuell und politisch brisant sein engagiertes Plädoyer für Europa war, wurde durch die Entwicklungen der letzten Wochen und Monate in besonderer Weise bestätigt. Auch ihm gilt unser herzlicher Dank. Gleichfalls möchten wir uns bedanken bei Joana Caspar, die mit ihren Liedern und Arien – begleitet am Klavier von Valentin Blomer – das Stiftungsdinner musikalisch umrahmt hat. Dank auch denjenigen, die ein hervorragendes und festliches Menü bereitet und hinter den Kulissen zum Gelingen des Abends beigetragen haben.

Alle guten Wünsche und Ihr Engagement für die Universität haben allerdings nicht garantieren können, dass die Universität Göttingen in der zweiten Phase der Exzellenzinitiative erneut in vollem Umfang erfolgreich war. Diese Enttäuschung soll uns aber nicht daran hindern, uns auch zukünftig mit aller Kraft für die Georgia Augusta einzusetzen. Wir würden uns sehr freuen, Sie im kommenden Jahr in bewährter Verbundenheit wieder begrüßen zu können.



Jens Frahm
Universitätsbund Göttingen

Stefan W. Hell
Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie

Thomas Keidel
Mahr GmbH Göttingen

Doris Lemmermöhle
Georg-August-Universität Göttingen

Wolfgang Meyer
Staat Göttingen

Thomas Oppermann
Landesminister a. D.

3. Stiftungsdinner am 2. März 2012
in der Aula der Georg-August-Universität Göttingen
am Wilhelmsplatz



FESTREDE VON JOSCHKA FISCHER

Ehemaliger Vizekanzler und Außenminister
der Bundesrepublik Deutschland



Frau Präsidentin, Exzellenzen,
meine Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung. Ich fühle mich geehrt, vor Ihnen in einer so altherwürdigen, beeindruckenden Universität, in dieser wunderschönen Aula einen »Festvortrag« halten zu dürfen. Festvorträge habe ich noch nicht viele gehalten, aber ich will es heute versuchen. Passt nicht ganz zu meinem Bild vom politischen Live Rock'n Roll, also gestatten Sie mir, dass ich der ursprünglichen Intention gerecht werde und heute Abend nicht »loshämmere«.

Europa ist das Thema, zu dem ich heute zu Ihnen sprechen möchte. Es ist die zentrale Frage der Gegenwart, es ist unsere gemeinsame Zukunft, unsere gemeinsame Verantwortung. Wenn ich mich jedoch umschaue, scheint mir der Öffentlichkeit nicht immer bewusst zu sein, um was es gegenwärtig geht.

Wir sind hier in diesem wunderschönen Saal, in welchem einen die Geschichte richtig anspringt. Mein Verhältnis zur Universität war »komplex«, um es milde zu formulieren, mein Zugang zu Rektoraten im Jahr 1968 hatte sich damals etwas anders gestaltet als am heutigen Tag; ich möchte da nicht weiter ins Detail gehen. Aber, wie gesagt, in diesem Saal hier springt einen die Geschichte richtiggehend an und gleichzeitig, meine Damen und Herren, erleben wir als Zeitzeugen tagtäglich eine epochale Wende, auf die wir scheinbar nicht wirklich reagieren wollen. Geschichte findet nicht in diesem wunderschönen Saal statt, sondern tagtäglich in der großen und kleinen Politik da draußen. Mein Eindruck ist allerdings, dass wir dabei sind, Geschichte mit Buchhaltung zu verwechseln, so wichtig Buchhaltung auch immer ist, damit ich nicht mißverstanden werde. Es gehört zu den Ironien des Epochenbruchs von 1989, dass damals, wer könnte es auch anders sein, ein Intellektueller und Professor die Meinung vertreten hat –



nach einem flüchtigen Hegel-Studium –, mit dem Ende des bipolaren Systems wäre das Ende der Geschichte erreicht. Es handelte sich um Francis Fukuyama. Und seitdem setzt uns die Geschichte fast täglich zu. Ich bin ein Kind des Kalten Krieges, geboren 1948. Für mich war es einfach nicht denkbar, dass die deutsche Teilung zu meinen Lebzeiten zu Ende gehen könnte. Schön wäre es zwar gewesen, aber daran habe ich nie geglaubt. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass eine ganze Weltordnung, für die zig Millionen von Menschen unter grauenhaften Bedingungen ihr Leben, ihre Heimat, ihr Vermögen und ihre Angehörigen verloren haben, dass diese Weltordnung zu Ende gehen könnte.

Sie ist in der Nacht vom 9. November 1989 zu Ende gegangen. Was damals in Berlin geschehen ist, hat die Welt grundsätzlich verändert, es hat eine Epoche beendet und eine neue hat begonnen. Seitdem befinden wir uns in einer Phase des Übergangs, in einer Transformationsphase. Wenn wir uns die Zeit zwischen dem 9. November 1989 und dem September 2008 anschauen, jenen Sonntag, als Lehman Brothers, die Investment Bank in New York, pleite ging, mit der Konsequenz eines Zusammen-

bruchs des globalen Finanzsystems und einer Weltwirtschaftskrise. Wenn man zurückdenkt an Heiligendamm 2006, als sich noch die G8-Staaten trafen und es hieß, die Weltregierung hat sich in Deutschland versammelt, und wenn Sie sich heute anschauen, dass es kaum mehr jemanden interessiert, wenn die G8 sich treffen, weil sie kaum noch etwas zu sagen haben. Wenn man gar die USA von den G8 abzieht, interessiert es sogar definitiv niemanden mehr. Wenn Sie nur zurückdenken an 2008, als wir in die Krise hineingeraten sind, welche Rolle die großen Schwellenländer China, Indien und Brasilien damals gespielt haben und welche Rolle sie heute spielen, dann sind das gewaltige globale Veränderungen. Die Umriss einer neuen Weltordnung, ja, mehr als die Umriss, die Struktur einer neuen Weltordnung, wird heute bereits sichtbar. Riesige, uralte Nationen, an erster Stelle China, werden ihren Platz in dieser neuen Weltordnung im 21. Jahrhundert wieder einnehmen. Andere werden folgen.

Hinzu kommt eine technische Revolution, die als Kommunikationsrevolution bezeichnet wird und die den globalen Austausch von Informationen in Lichtgeschwindigkeit zu extrem niedrigen Preisen ermög-

licht. Dies alles zusammen genommen drängt die Europäer mehr und mehr an den Rand. Wir leisten uns dennoch den Luxus zu meinen, das 19. oder das 20. Jahrhundert wären noch nicht zu Ende, meine Damen und Herren. Mental kommen wir noch ein bisschen in jenen Uniformen daher, die man hier im Aulasaal an der Wand hängen sieht. Was glauben Sie, wie es wirkt, wenn Europäer auf internationalen Konferenzen oder im Sicherheitsrat noch Ansprüche erheben, die sie schlicht und einfach nicht mehr ausfüllen können? Ich habe das als Bundesaußenminister erlebt! Das ist, gestatten Sie mir, dass ich es hier in aller Direktheit sage, teilweise eine Lachnummer, die wir dort abgeben! Und so wird auch reagiert! Der gemischte Chor der EU-Staats- und Regierungschefs! Dass sich europäische Kanzler und Präsidenten vor allen Dingen um sogenannte Photo-Ops mit Präsidenten und Generalsekretären balgen. Dass, wenn Europa spricht, nicht einer spricht, sondern immer mindestens fünf. Das ist alles ein Ausdruck von zunehmender Schwäche.

Die entscheidende Frage, meine Damen und Herren, so wichtig sie war, ist nicht mehr die Frage von Krieg und Frieden, auch wenn es mit Europa



schiefgehen sollte. Diese Aussage gilt nicht für die Ränder Europas. Wir haben in den 1990er-Jahren auf dem Balkan ja erlebt, dass Instabilität durchaus noch in brutale Gewalt und Krieg umschlagen kann. Aber wir Europäer sind nicht mehr mächtig genug, anders als im 19. und 20. Jahrhundert, um die Welt und uns selbst mit Krieg zu bedrohen. Die entscheidende Frage, die sich uns stellen wird, ist: Was wird in diesem 21. Jahrhundert aus uns? Egal, welche Sprache wir sprechen, ob es Deutsch, Französisch, Polnisch, was auch immer ist, denn eines ist ja auch klar: Die Arbeitsteilung, wenn es ernst wird, werden sich unsere Cousins und Cousinen von der anderen Seite des Atlantiks schon um uns kümmern, diese Rechnung wird in Zukunft so nicht mehr aufgehen. Die USA werden sich von Europa nicht verabschieden, aber erstens haben sie selber genügend Probleme zu lösen, und sie werden sie lösen, davon gehe ich fest aus, und zweitens werden sie in den pazifischen Raum gezogen. Dort spielt, um es umgangssprachlich auf den Punkt zu bringen, die Musik des 21. Jahrhunderts! Dort erwartet man Wirtschaftswachstum, dort erwartet man die strategische Bedrohung der Weltmachtrolle der USA und dort sind auch die Hauptgläubiger der USA zuhause. Der at-

lantische Raum wird entweder durch ein Europa, das sich besinnt und innerhalb kurzer Zeit zusammenfindet oder durch europäische Schwäche mit etwas amerikanischer Rückversicherung geprägt werden. Hinzu wird kommen, dass die neuen Weltmächte Europa dann durchaus als wichtigen Schauplatz ihrer globalen Auseinandersetzungen erkennen, nicht militärisch, aber wirtschaftlich. Der letzte Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten war dazu sehr erhellend. Der chinesische Ministerpräsident reiste durch die südliche Peripherie Europas bis nach Ungarn. Herr Victor Orbán war völlig aus dem Häuschen, weil er eine chinesische Perspektive für Ungarn sah, aber die Botschaft war völlig klar: Wir sind bereit, euch zu helfen, wenn wir Einfluss bekommen. Das ist der entscheidende Punkt. Und deswegen, meine Damen und Herren, in der gegenwärtigen Krise geht es um viel mehr als um buchhalterische Fragen! Und das betrifft vor allen Dingen das entscheidende Land in diesem Europa und das ist unser Land. Wir tun ja gerade so, als ob unsere Geschichte bei unseren Nachbarn vergessen wäre, aber das ist sie nicht! Wenn Sie nach Griechenland fahren oder wohin auch immer in Europa, ist sie sehr schnell wieder präsent. Ich komme sehr

viel herum, gerade in Europa, es sind immer dieselben Fragen und dieselben Sorgen. Auf der einen Seite will man, dass unser Land Europa aus der Krise führt, auf der anderen Seite, wenn wir das nicht tun, ist man voller Sorge; wenn wir es tun, ist man auch voller Sorge. Aus diesem Widerspruch werden wir nicht herauskommen. Die entscheidende Frage ist, welche Rolle werden wir Deutschen einnehmen?

Die glücklichste Epoche unserer Nationalgeschichte in der Moderne war die Zeit, in der wir, integriert in den Westen, voll auf Europa gesetzt haben. Die deutsche Einheit hätte es ohne diese Voraussetzung nicht gegeben, das gerät etwas in Vergessenheit. Wir waren als Nation die großen Gewinner dieser Zeit, die dadurch geprägt war, dass die Deutschen ihre Lektion gelernt hatten, nach unserem furchtbaren Absturz zwischen 1914 und 1945. Das war die Voraussetzung für den glücklichen Moment am 3. Oktober 1990, den kaum jemand für möglich gehalten hätte. Nur: Sind wir klug genug, erwachsen genug und werden wir dieser Erkenntnis heute gerecht? Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich hätte nicht gedacht, dass wir im Moment der schwersten Krise Europas uns so schwer damit tun,



unsere ganze Kraft und unsere Stärke in dieses Europa zu investieren, wohl wissend darum, dass wir die großen Verlierer sein werden, wenn es schief geht, und zwar nicht nur wirtschaftlich, meine Damen und Herren. Zu meinen, es würde billiger werden, um jetzt das buchhalterische Argument mal aufzunehmen, wenn man Griechenland rauschmeißt (wobei ich nicht weiß, wie das rechtlich gehen sollte, die Griechen müssten schon gehen), aber zu glauben, man könne eine Nation im Krisengebiet Balkan einfach vergessen, einen failed state Griechenland einfach akzeptieren und so zu tun, als ginge es uns nichts an? Das ginge uns nichts an hieße, die schlimmen Erfahrung der 1990er-Jahre auf dem Balkan offensichtlich vergessen zu haben.

Erinnern Sie sich zurück, als damals 250.000 Bosnier in Deutschland plötzlich als Flüchtlinge an unsere Türen klopfen und wir das am Anfang gar nicht realisiert haben? Ich war damals Bundestagsabgeordneter und lebte in Frankfurt. Unsere größte Minderheit war damals die sogenannte jugoslawische Minderheit, das heißt, alle beteiligten kriegsführenden Parteien. Dieser Krieg reichte bis in die Grundschule meiner Tochter, wo die Kinder aus den Ferien

zurückkamen und dann von den Kriegserlebnissen berichteten. Nein, meine Damen und Herren, dieses Europa wird für uns Realität und auch wenn es unbequem ist, auch wenn es teuer wird, wir werden unseren Verpflichtungen und unserer Verantwortung nicht entkommen. Die Frage ist, ob wir klug genug und weise genug sind, unsere Kraft so zu investieren, dass die Ziele, für die sich über sechzig Jahre und über alle Regierungswechsel hinweg die politischen Lager auf beiden Seiten eingesetzt haben, nämlich die europäische Integration zu vollenden, ob wir diesem Ziel gerecht werden oder nicht. Es wäre doch absurd! Im 20. Jahrhundert haben die Deutschen zweimal Europa fast ruiniert und sich selbst physisch und moralisch nahezu völlig zerstört, um Europa zu beherrschen. Und jetzt, mit dem Vertrauen in das wiedervereinigte, demokratische und rechtsstaatliche Deutschland wollen die Europäer, dass wir führen. Und wir sagen: »Ach Leute, es ist uns zu teuer«. Das ist eine Grotteske, entschuldigen Sie, dass ich das mal so zuspitze.

Und deswegen, meine Damen und Herren, führen wir eigentlich die falsche Diskussion. Wir haben es mit einer Existenzfrage zu tun und, damit wir uns

richtig verstehen und ich möchte heute nicht in eine Diskussionsrunde mit Ökonomen eintreten, am Anfang dieser Krise stand keine Staatsschuldenkrise. Und wenn wir den Sonderfall Griechenland mal vor die Klammer ziehen, dann kann man nur sagen, Irland und Spanien waren, was die Staatsschulden betrifft, zu Beginn der Krise wesentlich besser aufgestellt als die Bundesrepublik Deutschland. Die Staatsschuldenkrise ist eine Konsequenz des Platzens einer Megablase. Über dreißig Jahre hinweg hat sich diese Blase bis zur Pleite von Lehman Brothers entwickelt. Ich kritisiere die Staats- und Regierungschefs nicht, die dann mit unglaublichen Beträgen an Steuergeldern sozusagen Überlebenshilfe für das Finanzsystem organisiert haben. Ich hätte es genauso gemacht. Es ging gar nicht anders, weil sonst das globale Finanzsystem kollabiert wäre, mit der Konsequenz einer Weltwirtschaftskrise, die die von 1929 noch übertroffen hätte. Und diese Konsequenz konnte niemand sehenden Auges verantworten. Aber daraus ist die aktuelle Staatsschuldenkrise entstanden, das darf man nicht vergessen, meine Damen und Herren! Dennoch, es stimmt auch, dass alle zu lange über ihre Verhältnisse gelebt haben, wir werden hier die nötigen Strukturanpassungen



brauchen, aber der Kern der aktuellen europäischen Krise ist keine Finanzkrise, sondern eine politische Krise. Die Finanzkrise teilen wir mit allen internationalen Partnern, die Staatsschuldenfrage, all das haben alle anderen auch und müssen die Dinge entsprechend anpacken.

Warum ist die Lage in Europa so unterschiedlich? Weil wir eine Währungsunion aber keine politische Union haben. Wir haben eine Zentralbank, wir haben eine gemeinsame Währung, aber wir haben keine gemeinsame Regierung und keine gemeinsame demokratische Kontrolle dieser Regierung. Das heißt, wir haben einen Schritt gemacht und den zweiten noch nicht. Und in der aktuellen Krise wird dieses Defizit offensichtlich. Die entscheidende Auseinandersetzung geht ja nicht um ökonomische Fragen, die entscheidende Auseinandersetzung, die diese Krise zu einer Existenzfrage für Europa macht, meine Damen und Herren, ist die Alternative zwischen Renationalisierung oder politische Union, tertium non datur, denn der jetzige Status quo ist nicht nachhaltig. Entweder die Europäische Union wird zerfallen und Europa wird sich desintegrieren, oder wir haben den Mut, die Weis-

heit und auch die Weitsicht, gemeinsam in die politische Union zu gehen. Und politische Union heißt »Vereinigte Staaten von Europa«. Wenn man das sagt, zucken immer alle zurück. Eine politische Union, gar das Ziel »Vereinigte Staaten von Europa«, das ist fast skandalös, das könnte ja Probleme geben.

Aber genau darüber müssen wir diskutieren, und gestatten Sie mir, dass ich das Privileg hier nutze, in einer so prestigeträchtigen Universität und vor einem solchen Publikum zu Europa sprechen zu dürfen: Eigentlich müsste doch jetzt außerhalb der Politik eine heftige Debatte toben: Wo gehen wir hin, was sind die Konsequenzen von einer Renationalisierung? Man liest zwar das Eine oder Andere in akademisch getönten Blättern wie dem Merkur oder ähnlichen, Enzensberger etwa hat ein Buch veröffentlicht, wo er wie üblich auf dem Zeitgeist surft. Aber mal die Konsequenzen durchzudeklinieren, was Renationalisierung tatsächlich hieße, fände ich sehr spannend. Bis zum Ende zu denken, und zwar nicht nur die Kosten, sondern auch die politischen, kulturellen Konsequenzen, eingebettet in die globalen Veränderungen, die gegenwärtig alles bestimmen. Und

genauso müsste auch die Alternative durchdekliniert werden: Warum müssen wir in die Integration? Was heißt das, finden wir überhaupt eine Möglichkeit dazu mit unseren unterschiedlichen Sprachen, unterschiedlichen Nationalgeschichten, Kulturen, etc.? Die europäischen Nationalkulturen sind alle mehr oder weniger tausend Jahre alt. Wir haben unterschiedliche Sprachen, wir haben offene Rechnungen und abgeschlossene, unterschiedliche historische Geschichten – geht das überhaupt zusammen? Und wenn ja, wie? Das sind die Dinge, angesichts derer die Universitäten jetzt eigentlich vibrieren müssten.

Ich möchte Ihnen nicht zu nahe treten, Frau Präsidentin, vielleicht geht mein fortgeschrittenes Alter mit einer zunehmenden politischen Taubheit einher, aber ich höre fast nichts. Jürgen Habermas ist ein Emeritus, nicht dass ich das für gering veranschlage, im Gegenteil, aber eigentlich müsste doch jetzt eine Grundsatzdebatte in den Feuilletons, in den Akademien und Universitäten, ja überall stattfinden. Und die Rolle, die wir in Europa spielen sollten, das ist ein Thema, das zur Selbstvergewisserung einlädt. Aber wie gesagt, wir diskutieren ausschließlich über



das Geld, so wichtig es ist. Nicht ganz, ich meine, dass es bei uns im Volk dennoch einen tief verwurzelten Instinkt gibt, wie wichtig Europa für uns ist. Deswegen verstehe ich die Verzagttheit der politischen Führungen ehrlich gesagt nicht und ich verstehe nicht, warum man nicht bereit ist, politisch mehr zu riskieren.

Ich bin der Meinung, dass die Menschen bei uns, wenn es wirklich ernst wird, wenn die Alternative lauten würde, wir verlieren Europa, wenn wir diesen Weg nicht gehen oder wir stellen alles infrage, was wir bisher erreicht haben, dass dann die Menschen bereit wären, für Europa und für eine vertiefte Integration zu stimmen. Weil sie instinktiv mit großer Mehrheit realisieren, wie wichtig Europa ist. Wenn wir eine Volksabstimmung mit dieser klaren Zuspitzung hätten, würden sich wohl zwei Drittel oder sogar mehr der Deutschen für Europa entscheiden. Aus dieser Überzeugung heraus, und zwar quer zu den politischen Lagern, damit Sie mich da nicht missverstehen! Die Politik muss taktisch denken; sie will, muss und soll Wahlen gewinnen, denn das ist die Essenz der Demokratie. Aber parallel dazu gibt es auch his-

torische Situationen, in denen uns die Verantwortung zu Risiken zwingt, und diesen muss man sich stellen.

Ich denke, das größte Problem, das wir gegenwärtig haben, ist, dass wir wissen, dass der Maastricht Mechanismus gescheitert ist. Was ist der Maastricht Mechanismus? Damals haben wir gedacht, wir könnten eine Währungsunion schaffen, bei der Regeln die Zentralisierung politischer Macht in der Währungsunion ersetzen könnten. Das heißt, wir vereinbaren Regeln, an die sich jeder hält und diese ersetzen die Zentralisierung politischer Macht. Eine Konföderation könnte also eine Währungsunion auf Dauer zum Erfolg führen. Heute wissen wir, dass dies ein großer Irrtum war! Und für mich, meine Damen und Herren, lassen Sie mich das in aller Kürze sagen, ist das Festhalten an jener Illusion, dass wir nur schärfere Regeln bräuchten, nichts anderes als ein Festhalten an der Fortdauer der Krise. Wir müssen die Regeln verschärfen, aber wenn wir nicht den Mut haben, Macht von der nationalen Ebene auf europäische Institutionen zu übertragen, bleiben wir in dieser Krise stecken – so einfach ist das! Das gelingt nur, wenn wir diesen Mut haben – und das

hängt ganz entscheidend von uns Deutschen und unserem Partner Frankreich ab – wenn wir das wollen und wenn wir (oder diejenigen, die dann das Mandat haben) die richtigen Entscheidungen treffen und die Mehrheiten hinter uns bekommen. Das werden keine parteipolitischen Mehrheiten sein, meine Damen und Herren, sondern sie werden quer zu den politischen Lagern liegen. Aber von Maastricht wird man sich verabschieden müssen! Ich hoffe, dass die Kanzlerin irgendwann aufwacht und dies begreift, weil sich das Festhalten an der Konstruktion von Maastricht als eine große Illusion erwiesen hat.

Und das ist ja nicht die einzige Illusion: Die Forderung etwa, einen wesentlichen Teil der Staatsschulden mittels Eurobonds zusammenzuführen und so die schwächeren Länder zu stabilisieren, wurde immer mit dem Argument abgewehrt, es dürfe keine Transferunion geben. Nun frage ich Sie, wo stehen wir heute? Es gibt keine Transferunion? Wirklich? So viel kann ich gar nicht trinken, um diesen Unsinn noch zu glauben! Wir sind mitten drin! Und ich sage Ihnen, das war von Anfang an auch klar.



Die Vorstellung, in einer solchen Krise, wie wir sie seit 2008 erleben, könne jeder seine Probleme selbst lösen, sozusagen ein idealistisches Konzert von Mächten in der Währungsunion, war eine weitere pure Illusion. Die These, die Währungsunion konnte nicht funktionieren, weil es den optimalen Währungsraum nicht gab, das heißt, die Wirtschaften passen nicht zusammen – Sie merken, ich habe mit Ökonomen bisweilen mein Problem – will ich gerne in Frage stellen. Worin besteht denn der optimale Währungsraum zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Bayern, Brandenburg und Baden-Württemberg oder Sachsen-Anhalt? Ich kann es Ihnen sagen: durch den gemeinsamen politischen Rahmen und Entscheidungen. Wir haben es bei Währungen mit einem Wirtschaftsfaktor par Excellence zu tun, mit einem ökonomischen Mechanismus, der so unverzichtbar wie der Blutkreislauf in jedem höheren organischen Lebewesen ist. Aber zugleich ist die Währung ebenfalls eine hochpolitische Frage, sie wird garantiert durch einen nicht-ökonomischen Faktor, nämlich durch den Staat, durch eine politische Macht, die ein Territorium kontrolliert. Der optimale Währungsraum in Deutschland wird durch eine gemeinsame Fiskalpolitik und durch Transfers

hergestellt, sonst würde er nicht funktionieren. In früheren Zeiten gab es ja durchaus noch separatistische Bewegungen, die meinten, man solle diesen Teil der staatlichen Souveränität auf Länderebene belassen. Solche Positionen vertritt heute ernsthaft niemand mehr. Nein, meine Damen und Herren, wenn wir ein gemeinsames Europa wollen und wenn wir in diesem gemeinsamen Europa eine ernsthafte Stabilitätsunion wollen, dann müssen wir akzeptieren, dass die andere Seite der Medaille die Transferunion ist und verstärkt sein wird. Alles andere hieße, den Leuten ein X für ein U vorzumachen, sorry. Und die Konsequenz davon wird sein, dass Europa scheitern wird. Will man das? Ich unterstelle das niemandem, aber das ist nunmal die Konsequenz.

Aus diesen Gründen, meine Damen und Herren, müssen wir von der Konföderation zu einer handlungsfähigen Föderation voranschreiten. Ich persönlich bin der Überzeugung, das wird nicht nach dem Maastricht Modell funktionieren, sondern nur, wenn wir wesentliche Teile der Währungsunion wirklich vergemeinschaften. Und das heißt, dass die wesentlichen fiskalpolitischen Entscheidungen, aber auch

andere politische Entscheidungen, gemeinsam in einer europäischen Regierung für die Währungsunion getroffen werden. Das nenne ich »Die Vereinigten Staaten von Europa«.

Die Euro-Gruppe ist für mich die Avantgarde. Warum? Weil sie wesentliche Teile ihrer Souveränität und damit auch ihres gemeinsamen Schicksals bereits zusammengeführt hat. Man kann von einem »Zurück zur D-Mark« träumen, ja, davon kann man träumen. Wir alle wissen, wie man Rühreiern macht, aber man sollte – vielleicht im Rahmen der Exzellenz-Initiative – mal versuchen, aus Rühreiern wieder Eier zu machen, Frau Präsidentin. Das wird sich als sehr schwierig erweisen, wie wir alle wissen. Und dasselbe gilt natürlich auch für die politischen und wirtschaftlichen Realitäten auf unserem Kontinent. Ich meine, dass diese Avantgarde der Euro-Gruppe uns viel zu sagen hat. Gestern haben deren Staats- und Regierungschefs wieder getagt. Und wenn wir ehrlich sind, hat es mit dieser Gruppe eine dramatische Veränderung gegeben: Faktisch ist das Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs, und hier vor allen Dingen der Euro-Gruppe, so etwas wie zum Treffen der eigentlichen europäischen Regierung



geworden. Europäische Regierung! Diese war damals in der europäischen Verfassung noch nicht vorgesehen! In der Finanzkrise entscheidet heute nicht mehr jeder Mitgliedsstaat für sich alleine, auch Deutschland nicht, sondern alle zusammen. Das große Problem ist nicht diese Entwicklung, sondern dass es nicht entlang gemeinsamer vereinbarter Regeln, sondern entsprechend der Macht geht. Und deshalb besteht in Europa das Gefühl, dass vor allem Deutschland entscheidet. Da kann ich nur sagen, ein bisschen belesen in der deutschen Geschichte, das wird uns nicht gut tun. Wir sind diejenigen, die alles dazu beitragen sollten, dass es eben nicht entsprechend der Macht geht. Die negativen Konsequenzen werden ansonsten vor allem uns treffen, eine Entwicklung, die wirklich vermeidbar wäre.

In einer Krise muss gehandelt werden. Gegenwärtig befinden wir uns in einer schwierigen Übergangsphase, aber es tut jetzt Not, dass man den Schritt in Richtung Fiskalunion entschlossen geht. Mal sehen, ob die Unterschriften unter dem Stabilitätspakt wirklich halten. Frankreich wird ihn erst nach den Präsidentschaftswahlen ratifizieren, und ob sich die Ratifikation dann noch stellt, muss man in Ruhe

abwarten. Ich persönlich unterstütze dieses Projekt Fiskalunion, aber der nächste Schritt in die politische Union muss danach folgen. Wir reden über eine Perspektive von zwei bis drei Jahren, meine Damen und Herren, für die politische Union. Jetzt beginnt die Debatte, zumindest bei den Eingeweihten, ob man nicht verstärkt auf Kommission, Direktwahl des Präsidenten etc. setzen müsste.

Lassen Sie mich das sehr klar ansprechen, ich meine nicht, dass Europa nach dem Modell USA funktionieren wird, obwohl ich das auch lange geglaubt habe. Dieses Modell würde bei uns schon an den Sprachgrenzen scheitern und auch an der Vielfalt der Kulturen, das wird so nicht funktionieren können. Wenn man sich die vorhandenen Modelle anschaut, so gibt es zwei Föderationen, die gut laufen. Die eine habe ich bereits erwähnt, die USA, mit ihren sehr spezifischen Bedingungen. Die andere existiert und funktioniert schon sehr lange bei unserem südlichen Nachbarn, der Schweiz. Warum ist die Schweiz für Europa so lehrreich? Weil dort (die Romanen mögen mir vergeben, dass ich sie in dem Zusammenhang nicht weiter erwähne) die Deutschen, die Franzosen und die Italiener gemein-

sam ein funktionierendes Staatswesen mit zentralisierten politischen Entscheidungen hervorgebracht haben. Wer die Geschichte der Schweiz kennt, weiß, dass 1847 ein kurzer Krieg genau darum geführt wurde, ob die Schweiz – wie es die Altkantone in der Zentralschweiz wollten – Konföderation bleibt oder – wie es die großen Städte wollten – Föderation wird, das heißt, die Außenpolitik, Fiskalpolitik, monetäre Politik, Zentralbank etc. gemeinsam und zentralisiert entwickeln. Wenn Sie sich die Schweiz heute anschauen, man müsste ja annehmen, dass sich der kulturelle Graben, »Röstigraben« genannt, zwischen den Deutschschweizern und den Schweizer Franzosen verringert hätte. Alle Schweizer Freunde sagen mir dazu aber, nein, never ever! Muss auch nicht, meine Damen und Herren! Das finde ich an der Schweiz so faszinierend. Sie beweist, dass unterschiedliche Nationalitäten ohne kulturelle Nivellierung zusammen leben können. Wir dürfen dieses Europa nicht gegen die Nationen und ihren Eigensinn bauen, dies ist überhaupt nicht notwendig. Das zeigt mir das erfolgreiche Beispiel Schweiz, es funktioniert unter Beibehaltung des Eigensinns in einem einigermaßen flexiblen System.



Und deswegen finde ich die aktuelle krisengetriebene Entwicklung der Euro-Gruppe, krisengetrieben in Richtung, dass die Staats- und Regierungschefs sozusagen unsere Regierung werden und die Nationalparlamente deren Kontrolle, hoch lehrreich. Welches Parlament hat in der Krise das Sagen? Das Europaparlament? Nein. Es sind die Nationalparlamente. Da sitzen unsere national gewählten Abgeordneten, die, so hoffe ich zumindest, genau wissen, welche Entscheidung der Deutsche Bundestag zu treffen hat. Es ist eben nicht das Europaparlament, weil die budgetäre Hoheit beim Deutschen Bundestag und bei all den anderen Nationalparlamenten in der Euro-Zone liegt. Was fehlt, und das würde ich mir wünschen, ist eine gemeinsame Plattform für unsere Nationalparlamente auf europäischer Ebene. Das ist nicht gegen das Europaparlament gerichtet. Man käme so auf mittlere Sicht zu einem sehr funktionalen Zweikammersystem in Europa, wenn die nationalen Parlamente entsprechend ihres Anteils in einer Euro-Kammer vertreten wären (als Schlüssel kann man den ganzen oder halbierten Schlüssel des Europaparla-

ments nehmen, zudem wird man Mindestmandate brauchen, weil sonst die Kleinen angesichts der Größendifferenzen überhaupt nicht vertreten sein werden) – aber das ist alles Technik. Und wenn die Nationalparlamente diese zweite Kammer wären, und das hieße, die Chefs der nationalen Regierungen bildeten die europäische Regierung, die nationalen Parlamente die zweite Kammer, und wären so voll mit im europäischen Entscheidungsprozess eingebunden, und wenn sich das Europaparlament als erste Kammer auf wirklich europäische Fragen konzentrieren würde, die Gesamteuropa betreffen, dann hätten wir es – die politische Union unter Teilnahme der Nationen in ihren Unterschieden. Und dann hätten wir auch die nationalen Öffentlichkeiten dabei. Denn mit den nationalen Regierungen und den nationalen Parlamenten käme die direkte demokratische Legitimation, begleitet von dem Interesse der nationalen Medien. Und deswegen sage ich Ihnen, ich bin überhaupt nicht mehr an Modelldiskussionen interessiert, sondern daran, was funktioniert und wie kann es gehen kann. Und das zeigt uns gegenwärtig die Finanzkrise.

Entscheidend ist allerdings, dass bei den Akteuren der politische Wille dazu vorhanden ist und dass endlich eine Diskussion mit dem Volk über diese Zukunftsvision beginnt. Nicht an St. Nimmerlein, sondern darüber, was wir in den nächsten zwei bis drei Jahren machen, was es kostet und wer es bezahlt, wer was bekommt, all das spielt in diese unverzichtbare Diskussion mit hinein. Aber ich denke, diese Debatte wird eine andere, wenn man den Kern der Krise, nämlich das politisch unfertige Europa thematisiert und darauf eine Antwort zu geben versucht.

Meine Damen und Herren, Europa, und das meine ich so, wie ich es sage, ist unser aller Schicksalsfrage. Wir werden im 21. Jahrhundert als Europäer keine Rolle mehr spielen und nur noch Objekt für die Interessen anderer sein, wenn wir nicht schnell zusammen finden. Das sage ich Ihnen als Ihr ehemaliger Außenminister. Das ist meine feste Überzeugung, die sich auf Erfahrung stützt. Wir Europäer haben eine große Chance, wenn wir zusammen finden. Wenn wir getrennt bleiben, wenn wir meinen, wir könnten uns den musealen Karneval in



den Kostümen des 19. und 20. Jahrhunderts weiter erlauben, dann werden wir eine bittere Rechnung dafür bezahlen, alle miteinander. Wir Deutschen sind im Moment der Meinung, wir wären wer in China. (lacht) Das hat man beim letzten Besuch der Kanzlerin gesehen. Die chinesische Regierung hatte ihre Einladung des Dalai Lama ins Kanzleramt nicht vergessen. Frau Merkel wurde deshalb zum Kotau gebeten: Wenn Sie weiter Geschäfte machen wollen, dann müssen Sie schon, Madame, auf den einen oder anderen Auftritt mit Oppositionellen verzichten! Und sie hat es getan. Ich hätte es an ihrer Stelle auch getan, damit Sie mich nicht missverstehen. Weil die Machtverhältnisse mittlerweile so sind, wie sie sind. Auch Deutschland oder die beiden mächtigsten Mitgliedstaaten der EU, Frankreich und Großbritannien, werden in der Weltordnung des 21. Jahrhunderts zu kleinen Mittelständlern herabsinken. Nur ein vereintes, starkes Europa wird dort noch eine Rolle spielen können. Das setzt aber voraus, dass die beiden, von denen Europa ganz entscheidend abhängt, nicht exklusiv, aber ganz entscheidend, Deutschland, Frankreich, über alle Widersprüche und Gegensätze hinweg diese Einheit gemeinsam voranbringen. Wie die Wahlen in Frankreich ausge-

hen werden, weiß ich nicht. Was ich weiß, ist, dass nur wenn Deutschland und Frankreich zusammen handeln, es mit Europa vorangehen wird. Und diese Tatsache gilt unabhängig vom Ausgang der französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Es gab Kanzler bei uns, die meinten, es würde zu viel deutsches Geld in Brüssel verbraten und das müsse jetzt mal alles anders gemacht werden. Es dauerte gerade mal zwei Jahre und dann war auch dieser Kanzler wieder in der Spur. Und das galt für andere, wie Merkel und Sarkozy heute, genauso. »Merkozy« waren ja über lange Zeit wie Katz und Hund, meine Damen und Herren, bevor sie dann zum Traumpaar wurden. Deutschland und Frankreich, das war und ist die gemeinsame historische Aufgabe namens Europa. Wer meint, wir könnten das allein, den halte ich für einen gefährlichen Illusionisten. Nur gemeinsam und nur wenn wir unsere ganze Kraft in Europa investieren, werden wir eine gute Zukunft haben.

Und dazu braucht man Mehrheiten in der Bevölkerung, aber auch Unterstützung in der Gesellschaft. Und so sehr ich mich freue, dass Sie heute durch Ihre Präsenz Ihre Universität fördern – denn was gibt es Schöneres, als durch Essen und Trinken seine

Universität zu fördern, das heißt, die Theorie zu fördern durch heftig deftige Praxis. Genauso wünsche ich mir, meine Damen und Herren, dass Sie sich für ein geeintes Europa einsetzen. Sie alle sind in bedeutenden Positionen, Sie alle führen viele Diskussionen, Sie alle können Einfluss nehmen. Ich hoffe, dass Sie sich genauso, ja noch mehr, Frau Präsidentin, für dieses gemeinsame Europa engagieren und den notwendigen Druck produzieren helfen, damit wir uns in die richtige Richtung entwickeln.

Ich danke Ihnen.



GÄSTELISTE

Stiftungsdinner der
Georg-August-Universität Göttingen
am 2. März 2012

Dr. Ernst Andres
Prof. Dr. Dorothea Bahns
Waldemar Barwinski
Friedrich W. Beckmann
Prof. Dr. Ulrike Beisiegel
Dr. Falk Berster
Prof. Dr. Valentin Blomer (am Flügel)
Prof. Dr. Siegmar Blumentritt
Gregor Brune
Frederike Brune
Michael Büchting
Margitt Casper (Gesang)
Frank Czezelski
Andrea Deike
Prof. Dr. Peter Diepold
Prof. Dr. Klaus Dittert
Karsten Ehlers
Walter Eisenacher
Silvia Eisenacher
Stefan Engel
Katrin Engelke

Olaf Feuerstein
Prof. Dr. Julia Fischer
Joschka Fischer
Prof. Dr. Jens Frahm
Anne Frahm
Dr. Sebastian Freytag
Annette Graf-Sturm
Prof. Dr. Andreas Gransee
Freiherr Rüdiger Grote
Rainer Hald
Axel Hanebeck
Dr. Michael Hasenpusch
Prof. Dr. Stefan Hell
Prof. Dr. Anna Hell
Torsten Helten
Ulrich Herfurt
Wolfgang Hermann
Heide Hermann
Dr. Brigitte Hogrefe
Dr. Hans-Theo Jachmann
Prof. Dr. Michael Karaus
Thomas Keidel
Katrin Keidel
Dr. Thomas Kirchberg
Thomas Kleinert
Prof. Dr. Sarah Köster
Prof. Dr. Holger Kreft



GÄSTELISTE

Stiftungsdinner der
Georg-August-Universität Göttingen
am 2. März 2012

Dr. Joachim Kreuzburg
Prof. Dr. Tazyana Krivobokova
Dr. Wilhelm Krull
Angelika Krull
Prof. Dr. Doris Lemmermöhle
Prof. Dr. Joachim Lotz
Prof. Dr. Nivedita Mani
Prof. Dr. Bernward Märländer
Wolfgang Meyer
Annette Meyer
Stefan Millotat
Eike-Henriette Millotat
Dr. Tillmann Miritz
Veronica Miritz
Carola Müller
Prof. Dr. Edgar Onea
Stephan Oppermann
Thomas Oppermann
Wilhelm Oppermann
Prof. Dr. Julia Ostner
Axel Pape

Christa Pawlik-Oppermann
Prof. Dr. Arnulf Quadt
Dr. Gerd Rappenecker
Karl-Heinz Rehkopf
Gabriele Rehkopf
Dr. Oscar Werner Reif
Dr. Thomas Reimer
Martin Renker
Walter Ritter
Kornelia Ritter
Prof. Dr. Claus Ropers
Prof. Dr. Tim Salditt
Karin Sartorius-Herbst
Antoinette Saxer
Prof. Dr. Annekathrin Schacht
Ralf Schär
Henriette Schär
Prof. Dr. Jens Scheiner
Dr. Alexander Schmidt
Prof. Dr. Matthias Schumann
Hans-Joachim Schwieger
Susanne Schwieger
Kirsten Siedler
Martin Sommerfeldt
Ilse Stein
Horst Stein
Walter Sturm

Prof. Dr. Petra Terhoeven
Prof. Dr. Lutz Tietze
Julia Tietze
Jürgen Trittin
Annette Tubbesing
Michael Turko
Katharina Turko
Prof. Dr. Martin van Gelderen
Dr. Henning von der Ohe
Renate von der Ohe
Prof. Dr. Kurt von Figura
Prof. Dr. Andreas von Tiedemann
Dr. Dr. Helmut Wagner
Jutta Wagner
Thomas Weber
Marcus Weinhagen
Beata Weinhagen
Dr. Frank Wilkes
Daniela Winzker-Demes

Wir danken dem Team
des Cateringhauses Göttingen
Böning-Schaumberg und
der Weinhandlung Bremer.

Für die Organisation des Abends danken
wir Gabriele Höpfner und Karin Anderson.



